



ÖFFENTLICHER VORSCHLAG ZUR TAGESORDNUNG

Absender:

SPD-Fraktion im Rat der Stadt Hagen

Betreff:

Vorschlag der SPD-Fraktion
hier: Sachstandsbericht zur Gefährdung von Brücken durch Spannungsrisskorrosion

Beratungsfolge:

08.05.2019 Ausschuss für Umwelt, Stadtsauberkeit, Sicherheit und Mobilität

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung stellt die vom Stadtentwicklungsausschuss in der Sitzung am 4.12.2018 geforderte Vorlage "Maßnahmen- und Zeitplan für die Brückenprojekte" dem Ausschuss vor.

Kurzfassung

Entfällt.

Begründung

Siehe Anlage.



Inklusion von Menschen mit Behinderung

Belange von Menschen mit Behinderung

(Bitte ankreuzen und Teile, die nicht benötigt werden löschen.)

☒

sind nicht betroffen

☐

sind betroffen (hierzu ist eine kurze Erläuterung abzugeben)

Kurzerläuterung:



SPD – Fraktion im Rat der Stadt Hagen

Rathausstraße 11
Postfach 42 49

58095 Hagen
58042 Hagen

Tel: 02331 207 - 3505
Fax: 02331 207 - 2495

spd-fraktion-hagen@online.de | www.spd-fraktion-hagen.de

An den
Vorsitzenden des
Umweltausschusses
Herrn Hans-Georg Panzer

Hagen, 25. April 2019

im Hause

Sachstandsbericht zur Gefährdung von Brücken durch Spannungsrisskorrosion

Sehr geehrter Herr Panzer,

wir bitten um Aufnahme des oben genannten Punktes für die nächste Sitzung des Umweltausschusses gem. §6 Abs.1 GeschO am 8. Mai 2019.

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung stellt die vom StEA in der Sitzung am 4.12.2018 geforderte Vorlage „Maßnahmen- und Zeitplan für die Brückenprojekte“ dem Ausschuss vor.

Begründung:

In der Sitzung des StEA am 4.12.2018 wurde zur Vorlage der Verwaltung „Sachstandsbericht zur Gefährdung von Brücken durch Spannungsrisskorrosion“ Vorlage 0977/2018 folgender Beschluss gefasst

Die Verwaltung wird aufgefordert, Maßnahmen und einen Zeitplan für die Projekte bis zur nächsten Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Stadtsauberkeit, Sicherheit und Mobilität und des Stadtentwicklungsausschusses vorzulegen.

Zwischenzeitlich haben jeweils zwei Sitzungen der genannten Ausschüsse stattgefunden, ohne dass die Verwaltung die entsprechende Vorlage vorgelegt hat.

Von daher beantragt die SPD-Fraktion, dass in der Sitzung im Mai endlich die notwendigen Informationen zur Verfügung gestellt werden. Angesichts der anstehenden Haushaltsberatungen müssen beide Ausschüsse in die Lage versetzt werden zu entscheiden, ob und welche Maßnahmen in dem aktuell aufzustellenden Doppelhaushalt abgebildet werden müssen.

Mit freundlichen Grüßen

Werner König